

Historie / Aktivitäten

(des über 20 jährige Leidenswegs vieler Isenbütteler Anwohner)

Hier soll kurz die Geschichte dieses unliebsamen Themas „Zugpfeifen mitten im Wohngebiet bei Tag und Nacht“ und die Motivation berichtet werden, warum daraus eine Bürgerinitiative entstand.

- 1987 - 1990 Im Wohngebiet „Försterkamp“ werden Grundstücke nördlich der Bahntrasse Uelzen/Braunschweig in größerem Umfang verkauft. Die Käufer fragten sowohl im Isenbütteler Bauamt als auch bei der Bahn selbst nach, wie es sich denn mit dem Bahnverkehr verhalten würde. Beide sagten aus: **„Die Strecke ist marode, kaum sanierungsfähig und zudem defizitär. Es ist fest geplant, die letzten 7 Zugverbindungen einzustellen und die Strecke still zu legen. Wir bekämen eine grüne Grundstücksgrenze in Form eines bewachsenen Bahndamms“**
- 1991 Die Strecke wurde bis dahin **nicht** stillgelegt, die Häuser waren inzwischen alle gebaut und bewohnt und die Züge piffen tagsüber jedesmal, wenn sie durch das Wohngebiet fahren. Grund war schon immer der technisch nicht gesicherte Bahnübergang am einspurigen „Feldweg“ Triftweg, der den Lokführer per Pfeilschild dazu auffordert, 2 x 3 Sek. zu pfeifen (in beiden Fahrtrichtungen)
Die Nachfrage der Anwohner, wann es denn nur Stilllegung der Strecke käme, da dieses Pfeifen ja eine sehr laute und impulshafte Ruhestörung sei, blieb zunächst unbeantwortet.
- Nov. 2003 Erste größere Aktion der Anwohner, die ein **Unterschriftensammlung** starteten und darin forderten, dass der Bahnübergang (BÜ) endlich derart gesichert wird, dass ein Warnpfeifen nicht mehr nötig sei und zudem das Unfallrisiko mit querendem Verkehr (Fußgängern/Radfahrern/PKW's und landwirtschaftliche Fahrzeuge) deutlich reduziert wird (es gab bereits einen tödlichen Unfall, Kollisionen und mehrere Beinahe-Unfälle)
Zudem wurde der durch das Wohngebiet verlaufende Bahndamm abgeholzt und damit nicht nur Sicht- sondern auch geringer Lärmschutz zunichte gemacht.

- Febr. 2004 Antwortschreiben der DB-Netz AG (H. Käufer) auf die Unterschriftenaktion:
Zitat: „Die Sicherungsart der BÜ richtet sich nach den Verkehrsverhältnissen sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße. Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen Übergang mit **schwachem bis mäßigen Verkehr**, wonach die vorhandene Sicherung (Übersicht und Pfeifen) als allgemein ausreichend anerkannt wird.... .. sehen wir **keinen Handlungsbedarf**.... ..eine **Beeinträchtigung der Ruhe durch Pfeifsignale ist hinzunehmen**“
- 2002 - 2019 Die Gemeinde stößt in 2002 Planungen für eine Ortsentlastungsstraße des nördlichen Isenbüttel an eröffnet ein Planfeststellungsverfahren. **Vorrangige Motivation** dafür: keine höhenbegrenzte Zufahrt (3,6m unter Eisenbahnbrücke) sowie Entlastung der Liststraße als einzige Zufahrt zum nördlichen Wohngebiet. Zudem soll ein weiteres Baugebiet im Nordwesten erschlossen werden, das zusätzlichen Verkehr erzeugen wird.
Nebemotivation: Der Triftweg kann geschlossen werden, da die Entlastungsstraße nahezu parallel verlaufen und mit einem technisch gesicherten BÜ versehen werden soll. Damit könnte das Zugpfeifen im Wohngebiet entfallen und der Übergang wäre deutlich sicherer.
- 2019 Ganzjährig gab es immer wieder Kontakte zur DB-Netz, zum Regionalverband Braunschweig sowie zur Gemeinde Isenbüttel mit der Bitte, in Sachen „BÜ-Sicherheit und Lärmbeseitigung durch das Zugpfeifen im Wohngebiet tätig zu werden. Auch die Zentrale der DB-Netz Nord in Bremen wurde um Unterstützung gebeten. Keine der angeschriebenen Stellen hat sich bereitwillig erklärt, hier eine (technische) Lösung zu erarbeiten. Andererseits rückt der **angekündigte Stundentakt** (bisher Zweistundentakt) der Züge mit **erweiterten Fahrzeiten in die Nacht** hinein immer näher.
- 22.09. 2019 **Tödlicher Unfall auf dem BÜ Triftweg.** Ein PKW wird von dem aus Richtung Braunschweig kommenden Zug erfasst. Die PKW-Fahrerin stirbt, ein Kleinkind wird lebensgefährlich verletzt, auch ein Hund verstirbt. Eine Bewertung des Eisenbahnbundesamts führt zu der Erkenntnis: der BÜ ist ausreichend sicher - es war halt „menschliches Versagen“. Dabei ist dies bereits **der zweite tödliche Unfall** neben weiteren Unfällen mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Beinahe-Unfällen mit Passanten (Radfahrern und Fußgängern)

- 08.03.2020 Pressemitteilung Gifhorner Rundschau - „Erster Spatenstich zum Begegnungsgleis in Rötgesbüttel“
- 26.04.2020 **Gründung** der „Bürgerinitiative zur Abschaffung des Zugpfeifens im Wohngebiet in Isenbüttel“
Gründungsmitglieder: Hans-Jürgen Bach (Sprecher)
 Kerstin Stein (Sprechervertreterin)
 Eckhardt van der Post (Sprechervertreter)
 Michael Kapahnke
 Hans-Peter Twiehaus
- 06.05.2020 Erstes Treffen unter Einhaltung der Coronabestimmungen im Freien mit der Bürgermeisterin, den Sprechern der Fraktionen CDU, SPD, IWG sowie den Sprechern der BI im Garten des Hauses Schweriner Ring 15. Ergebnisse: siehe Ablage der Protokolle auf der Homepage der BI.
- 14.05.2020 Ergänzendes separates Treffen mit dem Sprecher der Fraktion der Grünen/Bündnis 90
- 20.05.2020 Drittes Treffen mit Fraktionssprechern, Bürgermeisterin und BI-Vertretern im Garten des Hauses Schweriner Ring 15 (IWG vertreten durch Fr. Caesar). Auszug aus dem Protokoll:
- „In der weiteren Diskussionen waren sich alle Teilnehmer einig, das eine Variante die beste Lösung sei, die den Bahnübergang durch die o.g. Hecktorlösung sichert, welche das Pfeifen der Züge überflüssig macht aber trotzdem das Passieren für einen kleinen Kreis berechtigter Nutzer mit großen Fahrzeugen ermöglicht (Landwirte, Feuerwehr). Kleinere Fahrzeuge (Pferdebesitzer, Jäger, Förster) könnten den Triftweg über die Zufahrt der Königsberger Straße erreichen und müßten lediglich einen Poller ziehen“*
- 24.06.2020 Treffen zw. H. Raulfs - SPD und Mitglied des Niedersächsischen Landtags sowie dem Sprecher der BI H. Bach mit Ortstermin in Isenbüttel. Zusage von H. Raulfs, sich unsere Sache anzunehmen, sowohl mit Regionalverband als auch der Bahn/der eigenen Isenbütteler Fraktion zu sprechen und das verständliche Anliegen der BI zu unterstützen.
Auch diverse nachträgliche Kontakte zu H. Raulfs brachten keine positive Veränderung der Situation.
- 17.06.2020 Treffen des BI-Kernteam mit Vertretern der Isenbütteler Landwirte auf

Einladung der Bürgerinitiative hin. Ziel: Abbau von gegenseitigen Vorurteilen und Desinformationen, Abgleich der Interessen und Erreichung einer kooperativen Lösungsfindung. Das gelang bis auf den Punkt „Lösungsfindung“ im Wesentlichen. Die seitens der Gemeinde angesetzte Arbeitsgruppe solle dann die Lösung definieren.

- 14.07.2020 Erste Arbeitsgruppe „aller Beteiligten“ im Rathaus Isenbüttel- moderiert durch die Gemeinde Isenbüttel (Fr. Caesar / H. Rautenbach) unter Beteiligung der Landwirte, der Feuerwehr, der Polizei, des Landkreises, Vertreter der einzelnen Fraktionen sowie dem Sprecher der Bürgerinitiative H. Bach. (Die Protokolle sind auf der Homepage der Bi zur Einsicht abgelegt). Es wurden im wesentlichen Probleme besprochen und Untersuchungsaufträge verteilt und keine Beschlüsse gefasst. Den Antrag zur Gründung dieser Arbeitsgruppe wurde von der SPD (Dr. May) gestellt. In den folgenden Sitzungen fehlte die SPD.
- 16.07.2020 Beauftragung Fr. Dr. Stolle zur rechtlichen Vertretung
- 12.08.2020 Der Fernsehsender SAT1 veröffentlicht einen Beitrag zu unserem Thema in seiner Sendung „SAT1-Regional“ um 18:30 Uhr.
<https://www.sat1regional.de/lautes-pfeifen-und-hupen-von-zuegen-anwohner-an-unbeschränktem-bahnuebergang-laufen-sturm/>
- 07.09.2020 Zweite Sitzung der Arbeitsgruppe - Ergebnisse siehe Ablage auf der Homepage der BI
- Antrag der Bürgerinitiative an die Gemeinde Isenbüttel, die **Kosten für ein qualifiziertes Lärmgutachten** bzgl. des Zugpfeifens zu übernehmen um nicht einzelne Anwohner mit den Kosten zu belasten. Der Antrag wurde abgelehnt.
- 29.10.2020 Beauftragung eines qualifizierten Lärmgutachtens beim TÜV Rheinland durch die BI - Beauftragung freigegeben durch die BI-Mitglieder/Anwohner.
- 16.11.2020 Dritte Sitzung der Arbeitsgruppe - Ergebnisse siehe Ablage auf der Homepage der BI - die SPD fehlte hierbei.
- 19.11.2020 Erste Terminnung in der Presse zur Stundentakteinführung (Gifhorner Rundschau)
- 13.12.2020 Der Stundentakt wird auf der Strecke Braunschweig/Uelzen eingeführt

16.12.2020 Ratssitzung in Isenbüttel. Es wird auch unser Thema behandelt. Die Parteien habe unterschiedliche Positionen. Nachfolgendes Gedächtnisprotokoll vom 17.12.2020 (Bestandteil der Info an die Anwohner und BI-Mitglieder)

CDU - H. Rössler:

Keine Hecktorlösung und auch keine Ortsentlastungsstraße (also beide extremen Varianten nicht). Aber der Triftweg sollte seine bisherige Verwendung (einspurig) beibehalten, allerdings sollte der BÜ mit einer Ampel versehen werden (Anmerkung Henning Müller: damit könnten die Landwirte leben) H. Rautenbach ergänzte, dass diese Variante schwer genehmigungsfähig sei und auch mehrere Jahre an Planung bedürften.

GRÜNE - H. Ladwig

Die Fraktion sprach sich dafür aus, das gegenwärtige Planfeststellungsverfahren weiter laufen zu lassen (Entlastungsstraße zum Reuteranger mit höhengleichem BÜ). Bei Ablehnung dann eine Überführung (Brückenbauwerk) zu bewerten und erst dann nochmals Alternativen für den BÜ Triftweg im Rat zu diskutieren.

SPD - Dr. May

Hier gab es lediglich einige mündliche Ausführungen, dass man das Thema "weiter untersuchen" müsse, dass die Entlastungsstraße auf jeden Fall ein wichtiges Ziel sei, dass man dafür auch Geld im Haushalt weiter vorhalten müsse. Einen konkreten Antrag in Richtung "BÜ-Sicherung" bzw. in unserem Sinn konnte ich nicht erkennen.

IWG - Fr. Krull

Die IWG vertrat weiterhin die gleiche und für uns positive Meinung wie im Arbeitskreis, dass man jetzt dringend einen Beschluss zur Entlastungsstraße (derzeitige Planung, höhengleicher BÜ) bräuchte. Sollte der nicht genehmigt werden, müsste umgehend das Hecktor beplant und zugleich eine neue Variante Ortsentlastungsstraße ohne Querung der Bahn in Richtung Bornsiek angestoßen werden.

Dez. 2020 Der **TÜV-Rheinland startet Messungen** zwecks Erstellung des von der BI beauftragten und den Anwohnern finanzierten Lärmgutachtens. Messort ist das Haus im Schweriner Ring Nr. 11. Gemessen wurde im Gebäude sowie im Garten. Die Messungen wurden in der zweiten Januarwoche 2021 beendet.

12.01.2021 Die Allerzeitung startete unter ihren Lesern eine Umfrage, welche Schlagzeile selbige gern im Jahr 2021 lesen würden. Ergebnis: unser Anliegen belegte den ersten Platz vor dem Weiterbau der A39, einem erweiterten Radwegenetz oder anderen sozialen Themen.

- 15.02.2021 Das fertiggestellte Lärmgutachten vom TÜV-Rheinland liegt der BI vor. Die **Grenzwerte** für unser „allgemeines Wohngebiet“ werden selbst nach der 16. BImSchV **deutlich überschritten**, noch deutlicher nach der TA-Lärm. Das gilt gleichermaßen für die Impulshaltigkeit, die max. kurzfristig erlaubten Spitzenpegel als auch für die Grenzwerte der Aufwachschwelle. Da in der Messzeit aufgrund der Weihnachtszeit in Kombination mit den Coroneinschränkungen kein Güterverkehr vorlag und nicht mit gemessen werden konnte, wurde eine nachträgliche Bewertung **mit Güterverkehr** durchgeführt, die zu noch höheren Überschreitungen führt.
- 16.02.2021 Unser Gründungsmitglied **Hans-Peter Twiehaus verstorbt unerwartet** mit 66 Jahren in seinem Haus im Schweriner Ring. Er wollte nach Erhalt des Lärmgutachtens eine Privatklage führen, da er aufgrund des erhöhten Zugpfeiflärms (auch in der Nacht) um seine Gesundheit fürchtete. Seine Tochter Stephanie Neumann wird seine Nachfolge in seinem Sinne antreten.
- 08.03.2021 Die **Schreiben unserer Anwältin** Fr. Dr. Stolle sind fertig gestellt und werden an das Eisenbahnbundesamt (EBA), die DB-Netz, die Gemeinde Isenbüttel sowie Erixx geschickt. Die Angeschriebenen werden aufgefordert - unter Bekanntgabe der Überschreitungswerte die das Lärmgutachten ausweist - umgehend Abstellmaßnahmen zu definieren und diese bis 15.04.2021 zurück zu melden (Antrag auf Nachbesserung des Planfeststellungsverfahrens „Begegnungsbahnhof Rötgesbüttel“)
- 11.03.2021 Große Video- und Telefonkonferenz zwischen dem Kernteam der BI, unserer Anwältin sowie allen BI-Mitgliedern und Unterstützern. Bekanntgabe der Ergebnisse des Lärmgutachtens, Einschätzung der Anwältin und weitere Vorgehensweise.
- 19.03.2021 Das EBA (Eisenbahnbundesamt) bestätigt den Eingang des Antrags der Rechtsanwältin Fr. Dr. Stolle
- 22.03.2021 Das EBA antwortet, dass für den „BÜ Triftweg“ kein Verstoß gegen der EBO (Eisenbahnbau- und Briebsordnung) vorliege und damit kein Anlass bestünde, tätig zu werden.
- 22.04.2021 Letztmalige **außergerichtliche** der Aufforderung von Rechtsanwältin Fr. Dr. Stolle an die DB-Netz (Streckenbetreiber) und EBA mit Fristsetzung zum 07.05.21 Maßnahmen zur Lärmreduzierung zu definieren, gleichzeitig mit der

Ankündigung Klage zu führen, sollte es keine positive Rückmeldung geben.

- Mai. 2021 Diverse Anwohner bestätigen schriftlich, dass Ihnen beim Grundstückskauf Ende der 80er Jahre/Anfang der 90er Jahre seitens Gemeinde, Bauernsiedlungsgesellschaft und der Bahn bestätigt wurde, dass es eine feste Planung gibt, die Bahnstrecke RB47 stillzulegen.
- 19.05.2021 **Eilantrag** an das Verwaltungsgericht in Braunschweig bzgl. einer Entscheidung zu Sofortmaßnahmen zur Einstellung des lärmbelastenden Zugpfeifens. Gleichzeitig Antrag auf Akteneinsicht zum Planfeststellungsverfahren Begegnungsbahnhof Rötgesbüttel.
- 25.05.2021 Das **Verwaltungsgericht Braunschweig** bestätigt den Eingangs des anwaltlichen Schreibens und **eröffnet das Verfahren** unter dem Aktenzeichen 6 B 309/21
- 16.06.2021 Beiladungsbeschluss des Verwaltungsgerichts Braunschweig an die DB-Netz als Beteiligte des Eilverfahrens.
- 28.06.2021 **Stellungnahme des EBA (Eisenbahnbundesamt)** an das Verwaltungsgericht Braunschweig mit der wesentlichen Aussage, dass im Antrag nicht glaubhaft gemacht werden konnte, dass es zu einer übermäßigen Lärmbelastung käme (trotz eindeutig Lärmgutachten, dass Lärmgrenzen überschritten werden). Der Eilantrag sei abzulehnen.
- 16.07.2021 CMK-Rechtanwälte im Auftrag des EBA nehmen detailliert Stellung, warum dem Antrag auf Lärmreduzierung nicht stattgegeben werden kann.
Anmerkung der BI: Aussagen sind z.T. widersprüchlich, inhaltlich falsch dargestellt und reflektieren nicht auf das eigentliche Lärmproblem sondern auf Verfahrensvorgänge und -Abläufe. Lärmauswirkungen seien zudem nur an der Baustelle Rötgesbüttel zu untersuchen, nicht im weiteren Streckenverlauf.
- 06.08.2021 **Klageeröffnung** durch die Rechtsanwältin Fr. Dr. Stolle gegen den ablehnenden Bescheid zur „Nachbesserung des Planfeststellungsverfahrens (AZ 58131-581 ppV/014-2021#001 mit Lärmschutzauflagen“ beim Verwaltungsgericht Braunschweig.
- 11.08.2021 Zwölfseitige Stellungnahme der Anwältin Fr. Dr. Stolle an das VG Braunschweig mit detaillierten Ausführungen, warum die Ansprüche auf Lärmreduzierung gerechtfertigt sind und die Ausführungen der Gegnerin

(EBA / DB-Netz) nicht zutreffend sind

- 20.08.2021 EBA lehnt mit Schriftsatz an das VG Braunschweig unter Nennung für uns nicht nachvollziehbarer Gründe eine Nachbesserung des Planfeststellungsverfahrens „Begegnungsbahnhof Rötgesbüttel“ zum Zwecke der Lärmreduzierung durch das Zugpfeifen weiterhin ab.
- 30.08.2021 Antwortschreiben Fr. Dr. Stolle an das VG (Verwaltungsgericht) Braunschweig mit nachvollziehbaren Gegenargumenten, dem Hinweis auf zwei tödliche Unfälle und der Relevanz der angewendeten Lärmbewertung nach der TA-Lärm und der 16. BImSchV (Bundesimmissionsschutzverordnung)
- 06.09.2021 Einzelne Atteste von Anwohnern werden seitens der Anwältin dem Verwaltungsgericht zugestellt, die belegen, dass es schon negative gesundheitliche Auswirkungen aufgrund des Lärmzuwachses durch das Zugpfeifen in Isenbüttel gab.
- 16.09.2021 **Bauausschußsitzung Gemeinde Isenbüttel:** Antrag von CDU und IWG auf Variantenbewertung der geplanten Entlastungsstraße in Richtung Bornsiek ohne „Brückenbauwerk“ und gleichzeitige Berücksichtigung einer schnellen Übergangslösung mit dem Zweck das Zugpfeifen frühestmöglich einzustellen.
- 21.09.2021 Fr. Dr. Stolle stellt nach Kommunikation mit dem VG Braunschweig (Schreiben vom 10.09.21 VG BS) den Antrag, das **Hauptverfahren** „Nachbesserung des Planfeststellungsverfahrens“ vom zweiten Verfahren „Eilantrag“ bei VG Braunschweig abzukoppeln und an das **OVG Lüneburg** (Oberverwaltungsgericht) zu überstellen.
- 30.09.2021 Das VG Braunschweig nimmt Stellung zum Eilantrag und **beschließt**, dass das **Hauptverfahren an das OVG Lüneburg zu überstellen** ist. Einem Eilantrag kann solange nicht stattgegeben werden bis ein Urteil zum Hauptverfahren gesprochen sein. Dieser Beschluss zur Überstellung an das OVG ist unanfechtbar.
- 13.10.2021 Beschwerde Fr. Dr. Stolle an das VG BS gegen den Entscheid vom 30.09.21 im Eilantrag nicht zu entscheiden mit gleichzeitiger Anerkennung, dass das Hauptverfahren erstinstanzlich durch das OVG Lüneburg entschieden wird. Der Streitwert des Verfahrens wurde durch das VG BS zudem auf 15.000 € festgesetzt.

01.11.2021 Rechtsanwälte des EBA (Eisenbahnbundesamt) beantragen Fristverlängerung zur Stellungnahme beim OVG Lüneburg bis 25.11.2021.
Gleichzeitig wird vom **OVG Lüneburg** ein neues Aktenzeichen vergeben:
7ME 162/21